

## Sicherheitsarchitektur in Deutschland muss dringend auf den Prüfstand

Nach dem schrecklichen Terroranschlag in Berlin wird derzeit über die Konsequenzen diskutiert. Kaum ein Tag vergeht ohne eine schlagzeilenträchtige Forderung, auch aus den Reihen der Bundesregierung. Wirklich durchdacht ist wenig davon. Ohne dass das Parlament bisher über den Anschlag und die Folgen daraus diskutieren konnte – eine von meiner Fraktion DIE LINKE beantragte Sondersitzung des Innenausschusses wurde mit den Stimmen der Union und SPD abgelehnt – hat Bundesinnenminister de Maizière, nach den zwei im Sommer eilig vorgelegten „Anti-Terror-Paketen“, schon wieder neue Pläne unter anderem zur Zentralisierung des Verfassungsschutzes und zum Umbau der Bundespolizei zu einer Art deutschem FBI formuliert. Richtig ist, dass terroristische Bedrohungen eine besondere Herausforderung für das demokratische Gemeinwesen und die Sicherheitsbehörden darstellen. Richtig ist allerdings auch, dass die Sicherheitsarchitektur in Deutschland dringend auf den Prüfstand gehört und eine neue Antwort auf die Bedrohung gefunden werden muss, statt erfolglos immer dasselbe zu tun: Seit Jahren wird der Überwachungsstaat ausgebaut, die Gesellschaft weiter gespalten, Sicherheitsaufgaben werden zentralisiert, und die EU wird abgeschottet. Auf dieser ausgefahrenen Schiene fährt Bundesinnenminister de Maizière immer weiter, stets der AfD hinterher, die er aber auf demokratische und rechtsstaatliche Art und Weise niemals einholen wird. Verheerend ist, dass die SPD dem wieder einmal nichts entgegenzusetzen hat. Seit Jahren gefährden Personalabbau, Pri-



Jan Korte (Foto privat)

vatisierung und der uferlose Ausbau von Befugnissen der Geheimdienste und Polizeien, die über ihre Datenberge selbst den Überblick verloren haben, die öffentliche Sicherheit und das demokratische Gemeinwesen. Nach mehreren „Anti-Terror-Paketen“ und immer neuen sicherheitspolitischen Schnellschüssen brauchen wir endlich eine vernünftige Analyse und Evaluierung über Sinn und Zweck der bisherigen Maßnahmen, bevor neue verabschiedet werden.

Dabei gibt es, neben der Frage nach der Bilanz der ganzen sicherheitspolitischen Ausrüstung der letzten Jahre, viele kritisch zu hinterfragende Punkte. Was bringen Daten aus Überwachungsprogrammen, wenn die Polizei nicht genügend Zeit und Personal hat, mögliche potentielle „Gefährder“ im Auge zu behalten? Wie kann man allen

Ernstes einen Geheimdienstapparat stärken wollen, der sich immer dreister demokratischer Kontrolle verweigert? Erstens ist es grundfalsch, an föderalen Strukturen zu rühren, die als Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus gezogen wurden, um die Sicherheit unserer Demokratie zu gewährleisten. Zweitens ist erst vor kurzem belegt worden, dass im Bundesamt für Verfassungsschutz bewusst Akten mit NSU-Bezug vernichtet wurden, was andere wiederum versucht haben, zu vertuschen. Beim Inlandsgeheimdienst ist gar nichts unter Kontrolle, und die Verantwortung dafür trägt genau der Bundesinnenminister, der jetzt glaubt, für alles ein Rezept zu haben.

Und warum hat die Koalition vor einigen Wochen mit der Novelle des Luftsicherheitsgesetzes den Grundstein für eine Ausweitung der Privatisierung bei der Luftsicherheit gelegt? Immer wenn EU-Kontrolleure es mal wieder schaffen, Waffen oder verbotene Gegenstände durch die Passagierkontrolle zu schmuggeln, sehen wir, wozu Einsparungen und Profitmaximierung im Sicherheitsbereich führen. Wer einerseits seine Sicherheitsbehörden nicht im Griff hat und andererseits an der Sicherheit sensibler Einrichtungen wie Flughäfen spart, der kann nicht von Sicherheitsarchitektur reden, sondern muss sich erstmal um das Fundament kümmern.

Was Bundesinnenminister de Maizière zur Sicherheitsarchitektur erklärt, ist bestenfalls eine Sicherheitskulisse, vor der er ein Schauspiel für AfD-Publikum aufführt – mit tatkräftiger Unterstützung der SPD.

*weiter auf Seite 2*

### Inhalt:

Seite 1  
Sicherheitsarchitektur in Deutschland muss dringend auf den Prüfstand

Seite 2  
Rede der Fraktionsvorsitzenden zum Haushaltsplan des Salzlandkreises

Aktuelles aus der Arbeit der Kreistagsfraktion DIE LINKE

Seite 3  
Landtagsticker – Ausgewähltes aus der Landtagssitzung im Dezember

Wir brauchen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle

Seite 4  
Es geht! – Wulf Gallert beim LINKEN Stammtisch in Bernburg

Die LINKE Zeitung schaut nach Köthen

Seite 5  
Danke Fidel

Neujahrsempfang der LINKEN Saale-Wipper

Seite 6  
Bernburger Stadtrat entscheidet sich gegen mehr Transparenz

Kaffee mit LINKS

Vorweihnachtliche Lesung in Aschersleben

Seite 7  
Weihnachtsfeier im Ortsverband Schönebeck

Güstener GenossInnen wieder an Heiligabend aktiv

Theatergutscheine zu Weihnachten

Pflegenotstand stoppen – Aktion in Bernburg

weiter von Seite 1

Warum sonst diskutieren Justizminister Maas (SPD) und Innenminister de Maizière (CDU) eigentlich tagelang über Möglichkeiten zur Abschiebung von 62 sogenannten Gefährdern, deren Asylantrag abgelehnt wurde, wenn es eigentlich darum gehen müsste, wie man mit den fast 500 potentiell gefährlichen Menschen umgeht, die hier bleiben dürfen, unter ihnen 250 Deutsche? Wenn es der Großen Koalition nicht nur um die Show ginge würde man hier vielleicht über Präventions- und Deradikalisierungsprogramme reden, über mehr Geld für Bildung und für die kommunale Jugend- und Sozialarbeit, um diese Aufgabe in sozialen Brennpunkten nicht den Salafisten oder Rechtsradikalen zu überlassen. Und darü-

ber, wie Polizei und Justiz in die Lage versetzt werden können, bei begründetem Verdacht Ermittlungen gegen Menschen, von denen eine Gefahr ausgeht, aufzunehmen und sie zügig vors Gericht zu bringen. Völlig ignoriert wurde im Strudel der innenpolitischen Vorschläge die Meldung, dass es ohne die Assistenzsysteme des entführten LKW in Berlin noch mehr Tote gegeben hätte. Über eine Einführungs- oder Nachrüstungspflicht solcher Systeme, die auch die Zahl von jährlich fast 800 bei Unfällen mit LKW getöteten Personen reduzieren könnten, wollen offenbar weder Union noch SPD nachdenken.

Um als staatlicher Akteur das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen, wäre ein sicherheitspolitischer Runder Tisch unter Einbeziehung aller Ressorts, aller Bundestagsfraktionen, externen Organisatio-

nen, Expertinnen, Wissenschaftlern und Juristen angebracht um darüber zu diskutieren, wie wir in Zukunft leben wollen: Wie das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit gewahrt werden kann, was die Sicherheitsbehörden an neuen Instrumenten benötigen und auf welche sie verzichten können, wie Kommunen und soziale Gefüge gestärkt oder wieder hergestellt werden können oder was wir noch tun können um dem Terror den Boden entziehen können, auf dem er bei uns wächst. Es bedarf eines Blickes über den Tellerrand und neuer Ideen, statt des erneuten Griffes in die sicherheitspolitische Mottenkiste.

MdB Jan Korte,  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

## Rede der Fraktionsvorsitzenden zum Haushaltsplan des Salzlandkreises

Sabine Dirlich, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, im Kreistag

Sehr geehrte Kreistagsmitglieder, sehr geehrte Verwaltung, werte Gäste,

große Hoffnungen haben wir mit diesem Haushalt verbunden. Jedoch mussten wir feststellen, dass es sich hierbei um einen Haushalt der enttäuschten Hoffnungen handelt. Unsere Hoffnung bestand darin, mit der Erhöhung der FAG-Mittel einen größeren Handlungsspielraum im Haushalt zu erhalten. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Eine weitere Hoffnung bestand für uns darin, einen eigenen Einfluss auf den Haushalt zu erhalten. Auch diese Hoffnung wurde enttäuscht. Wir möchten jedoch ausdrücklich betonen, dass dies keine Kritik unserer Fraktion an der Kreisverwaltung und ihren MitarbeiterInnen ist. Vielmehr danken wir ihnen, dass sie die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 fristgemäß erstellt haben. Aber alle Entscheidungen, die hätten Einfluss nehmen können auf die Erhöhung unserer Einnahmen und die Verringerung unserer Ausgaben, wurden auf anderen Ebenen entschieden: auf der Bund- und Landesebene!

Es gibt dennoch gute Gründe dem Haushalt zu-

zustimmen, etwa um handlungsfähig zu sein und auch damit die MusikerInnen der Mitteldeutschen Kammerphilharmonie endlich mehr Geld bekommen. Es gibt aber auch gute Gründe, den Haushalt abzulehnen. Alle Kürzungen, zum Beispiel in der Jugendarbeit, die wir als Fraktion bereits im vergangenen Jahr kritisiert haben, werden mit diesem Haushalt fortgeschrieben. Auch den kreisangehörigen Städten und Gemeinden wird mit diesem Haushalt kein Gefallen getan. Ihre Hoffnung wird begraben, dass die Kreisumlage zu ihren Gunsten gesenkt wird. Die Aufrechterhaltung der Kreisumlage wird damit begründet, dass die Beibehaltung der prozentualen Höhe der Kreisumlage gerechtfertigt ist, da die Steuereinnahmen der Kommunen steigen. Zunächst einmal trifft dies nicht auf



Fraktionsvorsitzende  
Sabine Dirlich (Foto privat)

alle Kommunen gleichermaßen zu. Des Weiteren lässt sich bei näherer Betrachtung feststellen, dass von jedem zusätzlich eingenommen 1 Euro lediglich 20 Cent bei der Kommune verbleiben. 43 Cent gehen, dank der Kreisumlage, an den Salzlandkreis, 10 Cent an Bund und Länder und ein Teil wird dann noch auf das FAG angerechnet. Es ginge aber auch anders. Sieht man sich den Haushaltsplan 2017 eingehend an, so erwartet der Salzlandkreis im Vergleich zum Haushaltsjahr 2016 allein durch die Kreisumlage in Höhe von 47,06 % einen Zugewinn in Höhe von 3.887.072,- EUR. Würde man diesen „Zugewinn“ teilen, würde die Kreisumlage um 1.943.536,- EUR und auf den Hebesatz für die Kreisumlage in Höhe von 45,85 % sinken. Dies ist interessanterweise auch der Hebesatz, der bis 2015 gegolten hat! Und nicht zuletzt ist der Haushalt abzulehnen, da er, wie oben bereits benannt, keine Spielräume beinhaltet.

Kennen Sie den Witz, der nur aus 2 Worten besteht? Kommunale Selbstverwaltung!

Die beschriebenen Für und Wider sind am Abstimmungsverhalten unserer Fraktion abzulehnen.

## Aktuelles aus der Arbeit der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Henriette Krebs, Fraktionsassistentin

### Neuorganisation der Schuleingangsuntersuchung eingefordert

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE unterstützte im Kreistag am 07.12.16 den Vorstoß von Herrn Dr. Planert (CDU), die zentralisierte Schuleingangsuntersuchung von allen künftigen Erstklässlern im Salzlandkreis am Standort Bernburg/Roschwitz aufzuheben. Zuvor hatte die Fraktion bereits den Kreiselterrat Unterstützung in dieser Angelegenheit signalisiert. Die Schuleingangsuntersuchungen sollen nach dem Willen des Kreistages künftig nun wieder in den Grundschulbezirken des Salzlandkreises stattfinden. Der Verwaltung wurde durch den Kreistag beauftragt, die Möglichkeit der Umsetzung zu prüfen.

### Änderung von Schuleinzugsbereichen

Durch beschlossene Änderungen in den Schuleinzugsbereichen können die Schülerinnen und Schüler aus Neu Königsau, Winnungen und Wilsleben künftig zwischen der Burgschule in Aschersleben und der Seelandschule wählen. Ferner hat der Kreistag mehrheitlich zugestimmt, die Sekundarschule „Hermann Kasten“ Staßfurt ab dem Schuljahr 2017/18 zur Gemeinschaftsschule umzuwandeln. Ihr Schuleinzugsbereich wird damit fortan das gesamte Gebiet des Salzlandkreises umfassen.

### Kulturentwicklungsplan beschlossen

Nach monatelangen, intensiven Diskussionen in den Ausschüssen und im Kreistag hat

der Kreistag am Mittwochabend mehrheitlich den Kulturentwicklungsplan verabschiedet. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE konnte sich nicht vollständig durchsetzen. Die LINKE Fraktion sprach sich u.a. gegen eine alternative Vermarktung des Kurhauses und für einen Zusammenschluss der Musikschulen aus. Die CDU-Fraktion nutzte jedoch ihre Mehrheit im Kreistag und setzte mit Stimmen der FDP-Fraktion ihren Änderungsantrag durch, der eine Vermarktung des Kurhauses unter Einbezug der Stadt Bernburg vorsieht. Damit wird das Bernburger Kurhaus nun für Investoren geöffnet.

## #Landtagsticker – Ausgewähltes aus der Landtagssitzung im Dezember

*Birke Bull, stellvertretende Fraktionsvorsitzende*

### Wachpolizei statt vernünftiger Ausbildungs- und Personalpolitik?

Mit einem Gesetzentwurf der Landesregierung soll befristet bis 2019 eine Wachpolizei eingerichtet werden. Das Gesetz regelt Aufgaben, Befugnisse, Einstellungsvoraussetzungen und Qualifizierung. DIE LINKE kritisierte einmal mehr das dahinter liegende Problem: Seit vielen Jahren ist in Sachsen-Anhalt durch SPD und CDU ein gravierender Personalabbau betrieben worden, insbesondere im Bereich der Polizei. Der lange vorhergesagte Notstand ist nun eingetroffen. Die Wachpolizei kann lediglich ein Nothelf und keine Dauerlösung sein. Im Rahmen der Haushaltsberatung Anfang 2017 muss der Einstellungskorridor für gut ausgebildete reguläre Polizeikräfte erhöht werden. Dafür braucht es mehr Ausbildungskapazitäten an der Hochschule Aschersleben. Erst so wird eine vernünftige, weil verlässliche und auskömmliche, Personalpolitik möglich.

### Allen Sprachlehrkräften eine Perspektive im Schuldienst geben!

Den 2015 und 2016 befristet eingestellten Sprachlehrkräften drohte das Ende. Daraufhin gab es erheblichen öffentlichen Druck. DIE LINKE. Fraktion hat im Bildungsausschuss wie auch im Plenum immer wieder gefordert, alle Lehrkräfte weiter zu beschäftigen. Sie werden in den Schulen gebraucht, um die Sprachförderung der Kinder Geflüchteter zu ermöglichen und sind bereits jetzt Teil einer ohnehin schlechten Unterrichtsversorgung. In vielen Schulen konnten wir uns ganz unmittelbar von der Arbeit über-

zeugen – so auch im Herbst 2016 im Bernburger Campus Technicus. Lediglich ein Teilerfolg ist gelungen. 75 Lehrkräfte erhalten eine Weiterbeschäftigung – ein Tropfen auf den „heißen Stein“. Der Änderungsantrag unserer Fraktion wurde allseits abgelehnt.

### Rundfunkbeiträge stabil halten!

Der Rundfunkbeitrag ist immer wieder Gegenstand kontroverser öffentlicher Debatten. Dennoch: Wer kein Staatsfernsehen will und die Berichterstattung nicht allein den privaten Sendern überlassen will, der muss Rundfunk mit Beiträgen finanzieren. Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk muss künftig viele Herausforderungen bewältigen: die Digitalisierung, steigende Sach- und Personalkosten. Die Beiträge sollen bis 2024 stabil bleiben. Gut so! Aber gerecht muss es zugehen und transparent. Qualität und Ausstrahlungskraft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen weiter wachsen. Die Landesregierung soll sich bei den Verhandlungen zwischen den Staatskanzleien der mitteldeutschen Länder für eine Novellierung des MDR-Staatsvertrages einsetzen. Dem Antrag der LINKEN wird mehrheitlich zugestimmt.

### Keine Förderung von Tarifflicht mit Steuermitteln!

Bereits die Schließung des FRICOPAN-Werkes in der Altmark hatte zu Empörung in der Öffentlichkeit geführt. Mit Steuergeldern wurde die Standortverlagerung gefördert. Nun schließt die Großbäckerei LIEKEN in Weißenfels, um in Wittenberg die gleichen Beschäftigten mit 25% weniger Lohn neu

einzustellen. Wieder finanziert mit Steuergeldern. Das belegt erneut eine falsche Wirtschaftsförderpolitik in Sachsen-Anhalt. Mit Fördermitteln begünstigte Tarifflicht darf es nicht geben. Im Rahmen einer Aktuellen Debatte erneuerte DIE LINKE ihre Forderung nach einer Reform der Wirtschaftsförderung.

### Ein Wegwerfverbot für Lebensmittel!

Jährlich landen circa elf Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll. Ein Teil dieser genießbaren Lebensmittel wird von Lebensmittelgroß- und Einzelhändlern entsorgt. Seit Jahren wird das Mindesthaltbarkeitsdatum fortwährend gesenkt, um den Verkauf zu steigern. Backwaren müssen zu 100% bis abends 20 Uhr in jedem Verkauf vorrätig sein, um sie letztlich dann doch zu entsorgen. Um Überangebot und Verschwendung entgegenzuwirken, soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich im Bundesrat für ein gesetzliches Wegwerfverbot von Lebensmitteln zu engagieren. Lebensmittelgroß- und Einzelhändlern soll untersagt werden, unverkaufte oder beschädigte, aber noch genießbare Lebensmittel wegzuerwerfen. Diese sollen stattdessen als Lebensmittelspenden Wohltätigkeitsorganisationen zugeleitet werden. Der Antrag wird im Ausschuss beraten.

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im November ist über den Newsletter der Landtagsfraktion zu erhalten: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de). Auch ein Besuch auf der Internetseite des Landtages lohnt sich: [www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen).

## Wir brauchen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle

*MdL Stefan Gebhardt, Kultur- und Medienpolitischer Sprecher*

In der letzten Landtagssitzung des Jahres 2016 gab es zwei medienpolitische Debatten. Beide waren grundsätzlich angelegt und entscheiden sich jedoch fundamental voneinander. Die Fraktion DIE LINKE beantragte eine Überarbeitung des MDR-Staatsvertrages und folgte in ihrem Antrag dem aktuellen Ansinnen, die Rundfunkbeiträge nicht weiter steigen zu lassen, sondern sie stabil zu halten. Es war einer der wenigen Anträge, mit denen DIE LINKE im Landtag erfolgreich war, denn der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Gerade in Zeiten von Fake-News, dem raschen Verbreiten von Halb- und Unwahrheiten, ist es aus Sicht der Linken unverzichtbar, einen demokratisch verfassten Rundfunk vorzuhalten. Mit Sicherheit gibt es zum Teil viel berechtigte Kritik am Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Es gibt aber keine andere Struktur, die eine ähnliche Vielfalt bieten kann, die einer demokratischen Kontrolle unterliegt

und die für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Auch DIE LINKE weiß, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter einem Akzeptanzproblem bei der Bevölkerung leidet. Deshalb will DIE LINKE den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbessern und modernisieren. Wir wollen ihn staatsferner und demokratischer gestalten und wir wollen, dass die Rundfunkbeiträge über 2020 hinaus stabil bleiben und nicht erhöht werden.

Die AfD hingegen will nicht mehr und nicht weniger, als den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen. Sie beantragte im Landtag die Kündigung aller Rundfunkstaatsverträge. Dies passt zur grundsätzlichen Linie der AfD, denn es ist nicht die einzig demokratisch verfasste Struktur, die die AfD beseitigen will. Bezeichnend ist auch, dass die AfD kein eigenes medienpolitisches Konzept vorzuweisen hat, außer abzuschaffen, was es gibt. Das hat sie auch völlig unumwunden zugegeben. Begründet hat sie ihr Agieren

damit, dass es eine Menge Beitragsschuldner gibt. Das ist natürlich eine absurde Begründung, weil es auch Steuersünder gibt – aber es kommt niemand auf die Idee, deswegen die Steuer abzuschaffen. Genauso wie es Leute gibt, die ihre Müllgebühren nicht bezahlen. Deswegen fordert noch lange keiner, die Müllentsorgung einzustellen. Aus guten Gründen wurde das Ansinnen der AfD mit großer Mehrheit im Landtag abgelehnt.

DIE LINKE wird auch künftig für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk streiten, der diesen Namen auch verdient. Und um seine Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, muss er zum einen ein attraktives Programm anbieten, demokratisch verfasst und für alle finanzierbar sein. Letzteres bedeutet für uns, weiterhin für mehr Befreiungstatbestände zu kämpfen, unter anderem bei sozialen Einrichtungen und Menschen mit Behinderungen.



# Es geht! – Wulf Gallert beim LINKEN Stammtisch in Bernburg

Jana Lankau, Mitglied im Ortsvorstand DIE LINKE Bernburg

Am 30. November diskutierten wir beim 2. Politstammtisch über das Thema „Rot-Rot-Grün – Chance oder Risiko?“ Zu Gast hatten wir Wulf Gallert, langjähriger Fraktionsvorsitzender und jetzt Vizepräsident des Landtages. Er berichtete über das Treffen von 100 Repräsentant\*innen der drei Parteien in Berlin. Die Debatte, die noch vor 2 Jahren niemanden interessierte, gewinnt an Fahrt, obwohl die Rahmenbedingungen schlechter sind und die Unterschiede zwischen den Parteien nicht kleiner geworden sind. Aber der Rechtsruck der Gesellschaft ist so dramatisch geworden, dass wir uns unsere Animositäten einfach nicht mehr leisten können. Mehrfach wurden sowohl auf besagtem Treffen, als auch beim Stammtisch Parallelen zu 1933 gezogen. „Wir steuern auf die gesellschaftliche Dominanz rechtskonservativer, zum Teil nationalistischer Ideen zu.“, so Gallert. Unter den Bedingungen einer CDU/AfD-Mehrheit bekommt die AfD die Möglichkeit, direkt in politische Prozesse einzugreifen. Es kommt zu einer Entgrenzung von CDU und AfD. Dies ist ganz klar im Landtag zu sehen, wo immer dann, wenn geheime Abstimmungen laufen (die von der AfD gezielt gefordert werden), etliche CDU-

Abgeordnete mit der AfD stimmen, gegen die eigene Koalition. Große Teile der CDU nähern sich inhaltlich, sprachlich und kulturell der AfD an, sei es aus Überzeugung, oder in dem Glauben, so AfD-Wähler\*innen zurückzugewinnen. Vor dem Hintergrund dieser drohenden Dominanz werden alle Dinge marginal, die sich LINKE, SPD und Grüne zu Recht vorwerfen könnten. R2G (so eine landläufige Bezeichnung für Rot-Rot-Grün) ist als Alternative zu schwarz/braun nötig.

Eins ist klar: im Wahlkampf wird sich nichts geschenkt. Wenn wir koalieren wollen, müssen wir uns nicht mögen. Es ist eine Zweckhe. Wichtig ist, dass alle drei Parteien ihr spezifisches Wähler\*innenpotenzial ansprechen und ausschöpfen. Die Eigenständigkeiten müssen erhalten bleiben, aber aus Unterschieden darf sich keine Kooperationsunfähigkeit ableiten – bei Strafe des Untergangs der zivilisatorischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Die Themen, wo es Gemeinsamkeiten gibt, müssen hervorgehoben werden. Es muss verhindert werden, dass Leute den Eindruck bekommen: „Die können nicht miteinander als Alternative zu Merkel, also wähle ich eine an-

dere Alternative“. Es geht bei der nächsten Bundestagswahl um nicht weniger, als um die grundlegende Weichenstellung für die gesellschaftliche Entwicklung.

In der Diskussion wurde viel über Ängste vor Veränderungen gesprochen. Kein Wunder, haben doch die dramatischen Veränderungen in den letzten Jahren den Meisten nichts Gutes gebracht. Unser Problem ist, dass wir gegen Ängste nicht mit rationalen Erklärungen ankommen. Angst lähmt und wirkt konservativ. Die anderen haben also die Psychologie auf ihrer Seite. Was wir wecken müssen, sind andere Emotionen, ein Gefühl von: „Leute, es geht was, es kann funktionieren, wir können etwas nach vorne aufbauen.“ Wenn z.B. unser Rentenspezialist, Matthias Birkwald, in drei Minuten erklären kann, wie eine armutsfeste Rente auch für die Zukunft eingeführt werden kann, können wir sagen: „Es geht. Es muss nur ein Gesetz geändert werden. Dafür brauchen wir eine Mehrheit.“ Wir brauchen eine glaubhafte Alternative nicht nur zur AfD, sondern auch zu dem, was ist. „Es geht, und wir müssen es vermitteln. In unsere eigenen Reihen und nach außen.“, war dann auch das Schlusswort von Wulf Gallert.

## Die LINKE Zeitung schaut nach Köthen

Redaktion DLZ, Sigrid Reinicke, Wahlkreismitarbeiterin MdB Christina Buchheim

Von der neuen Köthener Landtagsabgeordneten Christina Buchheim kam der Wunsch, zukünftig auch Beiträge über die Arbeit aus ihrem Wahlkreis in der DLZ unterzubringen. Da sich der Wahlkreis im Bereich Könnern auch mit dem DLZ-Gebiet schneidet, liegt dieser Wunsch nah. Gerne kommen wir ihm nach und berichten zukünftig auch über die Aktivitäten in direkter Nachbarschaft zum Salzlandkreis. Im Gegenzug werden die GenossInnen in Köthen und Umgebung auch mehr über die Arbeit der LINKEN in SLK erfahren, da ein Teil der zukünftigen Auflage auch dort verteilt werden wird. An dieser Stelle jetzt erstmal eine Vorstellung der Abgeordneten, über deren Arbeit wir zukünftig also regelmäßig berichten werden.

Christina Buchheim ist viel unterwegs seit dem 13. März 2016. An diesem Tag zog die Rechtsanwältin über ein Direktmandat in den Landtag von Sachsen – Anhalt ein. Sie übernahm den Vorsitz des Petitionsausschusses und wurde Sprecherin für Kommunalpolitik.

Zu ihrem Wahlkreis gehören die Städte Köthen, Könnern und Südliches Anhalt. Um den interessierten Bürgern mehr über ihre Arbeit zu berichten, wird sich Christina Buchheim ab Januar 2017 mit aktuellen Beiträgen an der Zeitung „DIE LINKE ZEITUNG“ beteiligen. Christina Buchheim, Mutter von 14jährigen Zwillingen, ist zudem Mitglied des Stadtrates



Christina Buchheim (Foto privat)

Köthen und dort Vorsitzende des Sozialausschusses. Als Rechtsanwältin arbeitet sie nur noch in einem sehr begrenzten Zeitrahmen. Christina hat in ihrem Wahlkreis bereits viele Termine wahrgenommen: So standen Gespräche im Frauenhaus, im Amtsgericht und im Polizeirevier, Tierheim und im Tierpark an, um nur einige wenige ihrer Termine in den letzten Wochen anzuführen. Oft nahm sie die Treffen im Wahlkreis gemeinsam mit Jan Korte, MdB, oder anderen Landtagsabgeordneten ihrer Fraktion wahr.

Es ist beabsichtigt, auch weiterhin regelmäßig öffentliche Bürgersprechstunden in den verschiedenen Ortschaften des Wahlkreises

durchzuführen. In regelmäßigen Abständen wird zudem eine kostenfreie Beratung in sozialrechtlichen Angelegenheiten angeboten. Für die älteren Mitbürger ist mittlerweile die Veranstaltung „Kaffee für Senioren“ in ihrem Wahlkreisbüro ein fester Treffpunkt. An jedem ersten Mittwoch im Monat lädt die Abgeordnete zu Kaffee und reichlich Kuchen ein. In lockerer Atmosphäre können dort die Bürger mit Christina ins Gespräch kommen.

Das Wahlkreisbüro befindet sich in Köthen in der Friedrich-Ebert-Str. 22 und ist auch für Rollstuhlfahrer über den Parkplatz des Hotels „Stadt Köthen“ gut zu erreichen. Sowohl vom Bahnhof als auch vom Busbahnhof aus ist es nur wenige Gehminuten entfernt. Besucher sind herzlich willkommen. Da aber auch Termine außerhalb des Büros wahrgenommen werden, ist eine telefonische Anmeldung zu empfehlen.

Die Mitarbeiterinnen Sigrid Reinicke und Anke Nielebock nehmen während der Bürozeiten (werktätlich von 9:00 Uhr bis 14:00 Uhr, donnerstags bis 17:00 Uhr) die Anliegen der Bürger gern auf und leiten sie ggf. an die Abgeordnete weiter. Unter folgenden Nummern kann das Büro erreicht werden: 03496-700347, 01578-9886435, Fax: 03496-303390 sowie per E-Mail [wkb-buchheim@t-online.de](mailto:wkb-buchheim@t-online.de). Neuigkeiten gibt es auch über die Facebook-Seiten „Wahlkreisbüro Christina Buchheim“ und „Bürgerbüro Köthen“ zu erfahren.

# Danke Fidel!

AG Cuba Sí

Der Zaun der kubanischen Botschaft war mit Blumen geschmückt, Kerzen brannten, jemand hatte ein Schild mit der Aufschrift „Gracias Fidel“ angebracht. Fast einhundert Kubafreunde hatten sich am 26. November 2016 in stillem Gedenken am Eingang der Botschaft versammelt. Sie wollten Abschied nehmen von einem standhaften Revolutionär, einem großen Internationalisten und einem vor allem in Lateinamerika und in den Ländern des globalen Südens hochverehrten Staatsmann. Fidel Castro war die Führungspersönlichkeit der kubanischen Revolution, sein Name ist zudem eng verbunden mit dem Integrationsprozess auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

All jene, die sich für Unabhängigkeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, verneigen sich in tiefer Trauer vor Fidel Castro. Die kubanische Revolution war und ist ein Beleg dafür, dass eine bessere Welt als ge-



Gedenken im Karl-Liebknecht-Haus (Foto privat)

sellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus möglich ist und erkämpft werden kann. Und es ist genau dieses Beispiel, das den Mächtigen dieser Welt Angst macht: das Beispiel eines kleinen Landes, das sich gegen übermächtige Gegner behauptet, ein Land, das seinen Prinzipien treu bleibt und souverän seinen eigen-

nen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus geht.

Wer Fidel Castro war, schreibt André Scheer in der „Jungen Welt“, lässt sich leicht beantworten, wenn man sich anschaut, „wer um den langjährigen kubanischen Präsidenten trauert und wer seinen Tod bejubelt“. Nachdem die Agenturen die Nachricht von Fidels Tod verbreitet hatten, ließen die antikubanischen Kräfte in Miami die Sektkorken knallen, der künftige US-Präsident Trump beeilte sich zu verkünden, die erreichten Verbesserungen in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba wieder rückgängig zu ma-

chen, und die bürgerlichen Medien betonten in ihren Berichten immer und immer wieder ihre Kritik am kubanischen Gesellschaftsmodell, bezeichneten den Verstorbenen sogar als „Machtpolitiker“, „Tyrann“ und „Diktator“. Und in der Stunde der Trauer schmerzt es ganz besonders, wenn Menschen, die sich politisch links verorten, in tiefer Unkenntnis die Beleidigungen, Plattheiten und Lügen der bürgerlichen Meinungsmacher einfach nachplappern.

Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG Cuba Sí trauern um den Comandante en Jefe. Der Tod Fidels wird die Aktivistinnen und Aktivisten der Solidaritätsgruppen in Deutschland, Europa und international noch enger zusammenschweißen und die Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba und den Kampf für eine bessere Welt fortsetzen. Bei der spontanen Trauerfeier für Fidel vor der kubanischen Botschaft in Berlin versicherte der kubanische Botschafter in der Bundesrepublik, René Mujica Cantelar, den Anwesenden, sein Land werde prinzipientreu den Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus weitergehen.

## Neujahrsempfang der LINKEN Saale-Wipper

Ernst-Herrmann Brink, stellv. Ortsvorsitzender DIE LINKE Saale-Wipper

Tobias Pochanke begrüßte im Namen des Ortsverbandes und der Fraktionen der LINKEN in den Stadt- und Gemeinderäten sowie der Fraktion der LINKEN im Verbandsgemeinderat Saale-Wipper alle Gäste zum Neujahrsempfang in Amesdorf mit einem: „Glück auf 2017!“ Dann ging er auf wichtige Ereignisse des Jahres 2016 ein: Landtagswahlen, Bürgerkrieg in Syrien, Flüchtlingskarawane nach Deutschland. Mit Blick auf die Kommunalpolitik erwähnte er den Sieg von Jan Ochmann aus Alsleben bei der Verbandsgemeindebürgermeisterwahl. Tobias Pochanke schloss die Aufzählung der 2016 Verstorbenen mit Fidel Castro, der über 600 Mordversuche überlebt haben soll und 10 US-Präsidenten überdauerte. Für das neue Jahr wünschte er allen Gesundheit, Glück und Frieden. Höhepunkte werden 2017 die Bundestagswahl, das Reformationsjubiläum, der 100. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution und 10 Jahre DIE LINKE sein. Nach der Begrüßung hielt Dr. Lothar Boese unser Kreisvorsitzender die Festrede. Er begann ebenfalls mit einem Rückblick. Wort des Jahres wurde gewählt: 1. „postfaktisch“, 2. „Brexit“, 3. „Silvesternacht“, zeigen, welche Ereignisse bzw. Entwicklungen den öffentlichen Diskurs 2016 bestimmt haben. Ein Begriff fehlte für ihn: „Fake-News“. Dazu brachte Dr. Boese Beispiele von Falschmeldungen. Er ging auch auf herausragende Ereignisse des vergangenen Jahres ein. Auf die Flüchtlingskrise und deren Folgen, zum Beispiel

über 5000 Ertrunkene im Mittelmeer durch die Schließung der Außengrenzen Europas. Dann ging der Kreisvorsitzende ausführlich auf die Ergebnisse der Landtagswahlen ein. Im März haben wir in Sachsen-Anhalt ein Drittel der Wählerstimmen verloren. Der größte Gewinner war die AfD. Auch bei weiteren Wahlen haben wir unsere Wahlziele nicht erreicht.



DIE LINKE Saale-Wipper ehrt Ehrenamtliche (Foto privat)

Positiv fielen im September die Kommunalwahlen in Niedersachsen und die Abgeordnetenhauswahl in Berlin aus. Diese Trendwende macht Mut für die kommenden Wahlen im Saarland, in NRW und die Bundestagswahl.

Doch vorher gibt es noch die Bundespräsidentenwahl am 12. Februar mit dem Kandidaten der SPD und CDU Frank-Walter Steinmeier und Christoph Butterwegge für DIE LINKE. Den Linken sollte nie der Mut verlasen, es lohnt sich zu kämpfen. Der Redner

wünschte allen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2017. Kopf hoch und nicht die Hände! Nach den Reden wurden – wie in jedem Jahr – verdienstvolle Ehrenamtliche ausgezeichnet. Christel Güldenpfennig aus Alsleben arbeitet beim ASB und in ihrer Freizeit hilft sie Kranken und Bedürftigen unentgeltlich. Helmut Knöfler aus Amesdorf sorgt als Vorsitzender des Dorfgemeinschaftsvereins Amesdorf für das kulturelle Leben im Ort. Ernst-Joachim Ihlo pflegt das Grab von Walter Munke (einem antifaschistischen Widerstandskämpfer) mit und erneuerte die Inschrift auf dem Grabstein. Sylvia Woitaszek aus Plötzkau ist Vorsitzende im Kleingartenverein und organisiert mit der Volkssolidarität Feiern. Gunter von Kalnassy aus Amesdorf ist als Vorsitzender des Warmsdorfer Sportvereins für kulturelle Höhepunkte, wie das jährliche Seifenkistenrennen, mit verantwortlich. Er sorgt trotz immer knapperer finanzieller Mittel für den Trainings- und Spielbetrieb der Männermannschaften und der 70 Nachwuchskicker des WSV'52. Alle 5 wurden mit einer 2-Tagesfahrt in das politische Berlin – mit Besuch des Bundestages – ausgezeichnet, die MdB Jan Korte zur Verfügung stellte. Nach dem Hinweis von Tobias Pochanke, dass die Bilder im Saale von der Güstener Künstlerin Magda Goetze sind, eröffnete er das Büfett. An den Tischen und Ständen wurde noch lange ausgiebig diskutiert. Die Spendensammlung Milch für Kinder in Kuba brachte eine Summe von 70 €.



## Bernburger Stadtrat entscheidet sich gegen mehr Transparenz

Eberhard Balzer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

In der letzten Stadtratssitzung des Jahres 2016 wurden 23 Beschlussvorlagen im öffentlichen Teil und 12 Beschlussvorlagen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt. Aus der Viel-

zahl der Vorlagen habe ich 3 ausgewählt, die bestimmt das Interesse der LeserInnen unserer Zeitung anspricht:

1. Die Wassergebühren setzen sich aus Grund- und Mengenpreis zusammen. Der Grundpreis deckt einen Teil der vom tatsächlichen Wasserabsatz unabhängigen Kosten. Nach der neuen Kalkulation wird er bei der Wasserzählergröße Q4 um 34% gesenkt. Statt 145,08€ brauchen die einzelnen Hausbesitzer nur 95,28€ bezahlen. Eine plausible Erklärung konnte mir nicht gegeben werden.

2. Mit Ablauf des Kalkulationszeitraumes der Neuvergabe der Reinigungsaufträge werden die Straßenreinigungsgebühren neu kalkuliert und angepasst. Die Straßenreinigungsgebühren für 1 Reinigung/Woche oder mehrere Reinigungen/Woche steigen durchschnittlich um 30%. Die kalkulierte Gesamtsumme von 134.000€ enthält 44.000€ für Verwaltungsausgaben. Das sind 25,3%, was ich als recht hoch befinde. Es gab 2 Nein-Stimmen.

3. Nach umfangreichen Diskussionen in

unserer Stadtratsfraktion, bei Einbeziehung anderer Stadtratsfraktionen, haben wir einen Antrag gestellt, dass alle Fraktionen das Recht haben, selbstbestimmt und freiwillig Beiträge im „Amtsblatt“ der Stadt Bernburg zu kommunal-politischen Themen zu veröffentlichen. Da die Bürgerbeteiligung in öffentlichen Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse sehr gering ist, sehen wir in der Veröffentlichung von Beiträgen ein geeignetes Instrumentarium, die Interessen der BürgerInnen für kommunale Belange zu wecken. Wir sehen eine Möglichkeit, politische Entscheidungen transparent für die EinwohnerInnen nachvollziehbar zu machen und auch unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen. Nur die Fraktionen der Linken und der Grünen stimmten diesem Antrag zu. Die von den anderen Fraktionen und dem Oberbürgermeister angegebenen Ablehnungsgründe waren sehr vielfältig, z. T. an den Haaren herbeigezogen. Dies ist ein typisches Beispiel der Mehrheitsfraktionen, andere Meinungen nicht zuzulassen. Leider hat sich aus unserer Fraktion ein Stadtrat der Stimme enthalten.

Am Ende der 21/2- stündigen Sitzung bedankte sich der Oberbürgermeister für die gute Zusammenarbeit des Stadtrates mit der Verwaltung. Jeder Stadtrat bekam eine Flasche Qualitätswein.

## Vorweihnachtliche Lesung in Aschersleben

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Am 5. Dezember ging es für MdB Jan Korte während seiner traditionellen Nikolaustour auch nach Aschersleben. Dort erwarteten ihn die GenossInnen des Ortsverbandes zu einer vorweihnachtlichen Lesung aus seinem Buch „Geh doch rüber!“. Der Einladung in den „LinksTreff“, seit Anfang des Jahres neues Domizil für DIE LINKE in Aschersleben, kam der Abgeordnete gerne nach. Neben den GenossInnen hatten auch interessierte BürgerInnen den Weg ins Büro gefunden, um den Geschichten über die Aussprache seines Vornamens, übers Hände schüttel, über den roten Barkas für den Wahlkampf usw. zu folgen.

Auch in Aschersleben gab es dafür viel Applaus und lachende Gesichter bei den sehr interessierten TeilnehmerInnen.

„Geh doch rüber - Feinste Beobachtungen aus Ost und West“ erschien bereits vor knapp vier Jahren und liegt mittlerweile in der 3. Auflage vor. Das Buch vereint Erfahrungen des gebürtigen Niedersachsen



Vorweihnachtliche Lesung in Aschersleben (Foto privat)

in seinem ostdeutschen Wahlkreis mit unterhaltsamen Anekdoten aus der Arbeit im Deutschen Bundestag und wurde der Öffentlichkeit bereits bei über 50 Veranstaltungen vorgestellt.

Ein großes Dankeschön für die gelungene Lesung in Aschersleben geht an Ortsvorsitzenden Hans Hedermann und die GenossInnen des Ortsverbandes, die alles wunderbar vorbereitet hatten.

## Kaffee mit LINKS

Christa Beier,  
Ortsvorsitzende DIE LINKE Schönebeck

So heißt eine Veranstaltung, die der Ortsvorstand „DIE LINKE“ Schönebeck jeden Donnerstag im Wahlkreisbüro in Schönebeck-Salzelmen durchführt. Termin und Ort sind deshalb so gewählt, weil immer donnerstags der Markt stattfindet und das Büro direkt am Marktplatz gelegen ist. Die Termine und Themen werden in der örtlichen Presse veröffentlicht. Es sind immer Mitglieder des Ortsvorstandes vor Ort, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Sabine Dirlich als Kreistags- und Stadtratsfraktionsvorsitzende der LINKEN nimmt auch immer, wenn es ihre Zeit erlaubt, daran teil, um die Anliegen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger entgegenzunehmen, Fragen zu beantworten und eine Klärung einzuleiten.

Neben diesen meist politischen Themen bieten wir auch Aktionen wie Weihnachtsgestecke basteln, Erfahrungen auszutauschen oder einfach nur Gespräche an.

Das Angebot wird immer besser angenommen, ist es doch ein Ort, wo auch unsere älteren Genossinnen und Genossen sich treffen und einfach nur „klönen“ können. Es kommen auch Vertreter der IG Metall und anderer Verbände, vorrangig diejenigen, die auch am 1.Mai an unserem Fest auf dem Biere Berg teilnehmen.

Durch die Veröffentlichungen in der Presse besuchen uns auch BürgerInnen und Bürger aus anderen Orten, um ihr Anliegen vorzutragen.

Natürlich liegen immer auch die aktuellen Zeitschriften wie „clara“, und auch Flyer aus, um die Gäste immer aktuell zu informieren.

Nach anfänglichen Bedenken sind die Veranstalter froh darüber, dass dieses Angebot immer besser wahrgenommen wird und wir dadurch noch öffentlichkeitswirksamer werden, was im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 sehr wichtig ist.



## Weihnachtsfeier im Ortsverband Schönebeck

Christa Beier, Ortsvorsitzende DIE LINKE Schönebeck

Der Ortsvorstand DIE LINKE Schönebeck führt bereits seit mehreren Jahren gemeinsame Veranstaltungen mit der IG Metall Schönebeck durch, wie Veranstaltung zum 1. Mai auf dem Bierer Berg, Lesungen zum Weltfriedenstag, Veranstaltungen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und auch Weihnachtsfeiern. Am 14.12.2016 fand die gemeinsame Weihnachtsfeier im Hotel „Domizil“ in Schönebeck statt. Eingeladen hatte die LINKE alle Genossinnen und Genossen aus Schönebeck, Calbe, Barby und Bördeland. Besonders erfreut waren wir über die Teilnahme von GenossInnen, mit denen wir aus objektiven Gründen schon länger keinen Kontakt mehr hatten. Es wurden natürlich auch gleich parteiinterne Dinge besprochen. Aber im Mittelpunkt stand die Weihnachtsfeier. Die IG Metall hatte eine Bauchtänzerin engagiert, die ein ganz tolles Programm darbot.

Der Höhepunkt des Programms war ein „Tüchertanz“, an dem sich nach Aufforderung auch viele Frauen und Männer beteiligten. Es machte allen sehr viel Spaß. Bärbel Behrens von der IG Metall und Christa Beier trugen Texte und Gedichte vor, die zum Teil von Autoren aus der Gegend geschrieben wurden.

Kaffee und Kuchen gab es natürlich auch, der allen gut mundete. Die Gespräche an den Tischen, wo IG Metall-Mitglieder und GenossInnen zusammen saßen (übrigens sind viele GenossInnen auch IG-Metall-Mitglieder, das rührt aus der Vergangenheit her, denn Schönebeck war eine Stadt des Maschinenbaus und der Chemie) wurden zu nostalgischen und zu aktuellen Themen geführt.

Insgesamt war es eine gute Veranstaltung, die auch das Zusammengehörigkeitsgefühl gefestigt hat.

## Theatergutscheine zu Weihnachten

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte



Klaus Magenheimer übergibt die Theatergutscheine (Foto privat)

Die Staßfurter Stadtratsfraktion und MdB Jan Korte haben der Staßfurter Kindertagesstätte Bergmännchen kurz vor Weihnachten noch ein besonderes Geschenk zukommen lassen. Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat der Bodestadt, übergab der Kitaleiterin Frau Fischer und den Kindern am 20. Dezember vierzig Gutscheine im Wert von insgesamt 200 Euro für einen Besuch im Salzlandtheater. Das Geld stammt zur Hälfte aus dem Solidarfond der LINKEN Stadtratsfraktion. MdB Jan Korte ließ sich auch für die Idee begeistern und gab ebenfalls 100 €.

Bei der Übergabe des vorweihnachtlichen Geschenkes in der Kita gab es ein spontanes Weihnachtslied der Kinder als kleines Dankeschön für die Gutscheine. Auch Frau Fischer und ihr Team dankten für die Unterstützung, die jetzt vierzig Kindern einen Theaterbesuch im neuen Jahr ermöglichen wird. Im anschließenden Gespräch mit der Kitaleiterin ging es u.a. um die Höhepunkte in der Einrichtung zur Weihnachtszeit und um die umfangreichen Umbaupläne der Kindertagesstätte, die mit STARK III-Mitteln des Landes realisiert werden sollen.

# Hilf mit!

Für gute Arbeit und gute Renten, für gute Gesundheitsversorgung für alle, für faire Bildungschancen und Frieden.

Deine Ideen,  
dein Engagement,  
deine Spende:

[spenden.die-linke.de](http://spenden.die-linke.de)

**DIE LINKE.**

## Güstener GenossInnen wieder an Heilig Abend aktiv

Ernst-Herrmann Brink,  
stellvertretender Ortsvorsitzender

Bereits zum fünften Mal in Folge hat der Ortsverband der LINKEN Saale-Wipper seine Weihnachtsaktion „Statt Spekulanten - Kinder beschenken“ durchgeführt. Am 24. Dezember 2016 standen ab 9:45 Uhr Mitglieder und Abgeordnete der LINKEN vor dem E-Neukauf in Güsten auf dem Thomas-Münzer-Hof.

Für die Kinder gab es hier vor der großen Bescherung zu Hause kleine Überraschungen. Alle Kinder erhielten ein Körbchen - gefüllt mit Mandarinen, kleinen Weihnachtsmännern, Pfeffi, einem selbstgebastelten Stern sowie einem Kalender für 2017. Mit den Erwachsenen führten die LINKEN bei Glühwein, Kaffee und Tee noch das ein oder andere Gespräch. Eine Mutter brachte es dabei auf den Punkt: „Ihr seid die einzigen, die hier noch etwas für unsere Kinder übrig haben.“ Trotz der vielen Jahre, die wir diese Aktion am 24.12. schon durchführen, gab es noch Eltern die davon nichts wussten. Aber auch diese bestärkten uns in unserem Tun, nicht nachzulassen.

Dies wird für uns Anlass sein, auch 2017 wieder mit vielen Aktionen aktiv zu werden. Der 1. Termin wird unser jährlicher Neujahrsempfang am 07. Januar 2017 ab 18 Uhr in Amesdorf sein.



**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
Januar  
recht herzlich**

zum 89. Geburtstag  
Ferdinand Grosser

zum 88. Geburtstag  
Lieselotte Pohle  
Helga Böhme  
Richard Breitwieser

zum 87. Geburtstag  
Willi Andree

zum 86. Geburtstag  
Christa Apel

zum 85. Geburtstag  
Günther Ohm  
Friedrich Schrader

zum 83. Geburtstag  
Siegfried Gallinat

zum 82. Geburtstag  
Horst Schüler  
Karl-Heinz Stroh

zum 80. Geburtstag  
Ernst König

zum 65. Geburtstag  
Wilfried Wittzack

zum 60. Geburtstag  
Lutz Hülskath



**Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
Januar Geburtstag haben.**

**„Frühstück mit LINKS“**

Am 23.01.2017 gibt es ab 10:00 Uhr im  
Bernburger Wahlkreisbüro wieder die  
Möglichkeit bei Brötchen und Kaffee  
ins Gespräch zu kommen.

**LINKER Neujahrsempfang in  
Aschersleben**

Am 23.01.2017 ab 17 Uhr im Bestehorn-  
haus (Heckner Str. 6).



**Katja Kipping**

13.03.2017, 14.00 bis 15.00 Uhr

**Bernd Riexinger**

20.02.2017, 14.00 bis 15.00 Uhr

**Bitte vorher unter 030-24009530  
anmelden.**

**Gedenkveranstaltungen in Staßfurt  
und Hecklingen**

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages  
gibt es am 28.01.2017 um 10:45 Uhr  
eine Kranzniederlegung auf dem  
Friedhof in Staßfurt (Hecklinger  
Straße). Bereits um 10 Uhr gibt es die  
traditionelle Gedenkveranstaltung der  
LINKEN auf dem Friedhof in  
Hecklingen (Friedhofsberg).

**„Kaffee mit LINKS“**

Am 08.02.2017 ab 16 Uhr gibt es die  
nächste Gelegenheit, im Bernburger  
Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins  
Gespräch zu kommen.

**Webmaster gesucht**

Der Kreisvorstand sucht eine Betreue-  
rin/einen Betreuer für die Internetseite.  
InteressentInnen melden sich bitte un-  
ter [dielinke-salzlandkreis@t-online.de](mailto:dielinke-salzlandkreis@t-online.de)

**Samstags  
blättern.**

**Haben  
wollen?**

Jetzt bestellen unter:  
[www.neues-deutschland.de/kombi](http://www.neues-deutschland.de/kombi)  
oder  
Tel. 030 2978 1800

*Das dicke  
Wochen-  
ende!*

Das Schönste am Wochenende:  
Endlich nicht mehr Bus fahren.  
Richtig Platz zum Frühstück  
und Schmökern. Geht nirgends  
besser als mit dem fetten  
Wochenend-»nd«.

**Mal'n Monat ausprobieren?  
10 €!\***



neues deutschland **nd**  
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

**Alternative Neujahrsempfänge**

Am 20.01.2017 um 10 Uhr auf  
dem Bernburger Karlsplatz und  
am 31.01.2017 um 10 Uhr auf dem  
Benneckschen Hof in Staßfurt.

**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am  
01.02.2017 um 18 Uhr im Fraktionsbüro  
in Staßfurt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist  
der 09. Februar 2017.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe  
war der 05. Januar 2017.

**DU hast was zu sagen:  
DIE LINKE hört zu!**

Wir arbeiten am Programm zur Bun-  
destagswahl 2017: am Programm der  
Hoffnung. Was muss drin sein?  
Mach mit:  
[www.die-linke.de/wahlprogramm2017](http://www.die-linke.de/wahlprogramm2017)

**1. Tagung des 6. Landesparteitages  
und LandesvertreterInnenversamm-  
lung für die Bundestagswahl**

Am 18.02.2017 ab 10 Uhr im Stadthaus  
Wittenberg (Mauerstraße 18).

**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE/  
UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächs-  
ten Sitzungen am 06.02.2017 und am  
27.02.2017 durch.

**DIE LINKE Zeitung in bunt?**

Das neue Erscheinungsbild der DLZ ist  
nicht zu übersehen: Die neue Ausgabe  
erscheint komplett in bunt. Die Reak-  
tion freut sich über Rückmeldungen  
zum neuen Auftritt und darüber hinaus  
natürlich immer über Anregungen und  
Kritik zur Zeitung.

**ClimatePartner<sup>o</sup>  
klimaneutral**

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde  
klimaneutral auf Recyclingpapier  
gedruckt.

**DIE LINKE ZEITUNG**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)  
[dielinke-salzlandkreis@t-online.de](mailto:dielinke-salzlandkreis@t-online.de)  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P.),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld,  
Stefan Deutschmann

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-  
onsschluss eingegangenen Artikeln kann  
die Veröffentlichung nicht garantiert  
werden